

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL' ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1978
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 180. seduta tenuta a BOLZANO il giorno 4. Mai 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE
Vorsitz des PRÄSIDENTEN :

Prof. Decio Mognoni
Dr. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI
Beisitz der SEKRETÄRE :

Rosa Franzelin-Werth
Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI
Abwesende ABGEORDNETE :

Dr. Alfons Benedikter (entsch.)
Dr. Anselmo Gouthier (entsch.)
Dr. Egmont Jenny (unent.nachm.)
Mathias Ladurner-Parthanes (ent.)
Rag. Silvio Nicolodi (entsch.)
Alfons Rigott (unentsch.)
Josef Stecher (entsch. nachm.)
Dr. Karl Vaja (entsch.)

Der Südtiroler Landtag ist in außerordentlicher Sitzung zusammengetreten, um mit der Tagesordnung vom 24. und 28. April 1978 fortzufahren.

Außerdem wurde noch folgender Punkt auf die Tagesordnung gesetzt:

11. Landesgesetzentwurf Nr. 277/78: "Bestimmungen über die Ausübung der Befugnisse des ENAL auf dem Gebiet der Freizeitgestaltung in der Provinz Bozen".

Die Sitzung beginnt um 10.40 Uhr.

Man schreitet zur Behandlung des Punktes 10) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 280/78: "Dreijahresplan zur Finanzierung öffentlicher Arbeiten im Interesse der Gebietskörperschaften".

Landesrat Rubner verliest den Bericht der Landesregierung, während der Abg. Müller jenen der dritten Kommission verliest.

In der Generaldebatte ergreift als erster der Abg. Sfondrini das Wort: Er beanstandet vor allem, daß die großen Gemeinden bei der Aufteilung der Gelder zur kurz kämen, weil der Aufteilungsschlüssel Bevölkerung - Fläche nicht gerecht sei. Nähere Aufklärung möchte er über die jährlichen 5.250 Millionen, die dem Landesausschuß für den Ausgleich für eventuelle Härtefälle zur Verfügung stehen. Sfondrini kündigt seine Stimmenthaltung an.

Der Abg. Stecher beklagt die verspätete Einbringung des Gesetzentwurfes, was zur Folge habe, daß die Gelder im heurigen Jahre nicht mehr termingerecht investiert werden könnten. Er spricht sich für die Ausarbeitung eines neuen Rahmengesetzes aus und vermißt im vorliegenden Gesetzentwurf programmatische Richtlinien für die Verteilung der Gelder. Die wirklich bedürftigen Gemeinden, sagt Stecher, kommen aufgrund der unverändert gebliebenen Aufteilungskriterien nicht zum Zuge. Auch er kündigt seine Stimmenthaltung an.

Der Abg. Erschbaumer hingegen bescheinigt dem Gesetzentwurf eine Blitzkarriere. Der Aufteilungsschlüssel - Fläche - Bevölkerung beweise, daß das Land die Gemeindeautonomie beschneiden will. Erschbaumer empfiehlt, weniger Aufträge an Freiberufler zu vergeben und dafür die Landesbetriebe intensiver einzuschalten.

Der Abg. Jenny bezeichnet die Kriterien der Aufteilung der Gelder als überholt. Angesichts der unterschiedlichen Situationen der einzelnen Gemeinden habe es keinen Sinn, die Gelder streng im Verhältnis zur Gemeindeoberfläche und zur Einwohnerzahl zu verteilen.

Ende der Vormittagssitzung um 12.00 Uhr.

Beginn der Nachmittagssitzung um 15.40 Uhr.

Einleitend bezeichnet LR Oberhauser die Entziehung der Steuerhoheit der Gemeinden als einen großen Fehler, der unwillkürlich die Verschuldung nach sich zieht. Mit 30 Milliarden jährlich sei ein Optimum erreicht worden. Jeder Aufteilungsschlüssel sei kritisierbar, doch gebe es keine andere

Möglichkeit. Er verweist auf die Äußerungen Sfondrinis, wonach die Stadt Bozen vom Sanierungsgesetz am meisten profitiere und daß die Verschuldung der Landeshauptstadt auf eine Mentalität schließen läßt, die auch imstande ist, für das Gemeindepersonal 46% des Budgets auszugeben.

Der Abg. Müller bezeichnet den Gesetzentwurf als sehr positiv für die Gemeinden. Im Verhältnis zum alten Gesetz Nr. 27 schneiden aber die Talgemeinschaften schlechter ab. Die für die Förderung übergemeindlicher Bauvorhaben bestimmten 17,5% dürften seiner Meinung nach knapp ausreichen. Unerlässlich sei es für die Gemeinden auf drei Jahre vorausplanen zu können. Die 17,5%, die das Land zum Ausgleichen eventueller Härtefälle zur Verfügung hält, bezeichnet Müller als positiv; vergleichsweise habe auch Nordtirol einen Sonderfonds für ärmere Gemeinden. Jedenfalls werde die SVP für den Gesetzentwurf stimmen.

Der Abg. Mitolo ist der Auffassung, daß durch den Gesetzentwurf die bevölkerungsreichen Gemeinden des Landes offenkundig benachteiligt seien. Daher solle man besonders für die Gemeinden Bozen, Meran, Brixen und Leifers besondere Maßnahmen vorsehen. Mitolo kündigt an, daß er für den Gesetzentwurf stimmen werde, auch wenn er gewisse Vorbehalte nicht los werden könne.

Präsident Molignoni bezeichnet den Aufteilungsschlüssel als den wunden Punkt des Gesetzentwurfes, wobei er besonders auf den Artikel 3 hinweist. Er kündigt an, daß er einen diesbezüglichen Abänderungsantrag von der DC mitunterschreiben werde.

Landesrat Pasquali bezeichnet die Überlegung des Aufteilungsschlüssels als einen Mechanismus, der aber auf die wahren Bedürfnisse der Stadt Bozen nicht Rücksicht nimmt. Dabei betont er, daß es sehr gefährlich wäre, Bozen zu vernachlässigen.

Landesrat Rubner antwortet nun ausführlich seinen Vorrednern und nimmt auch allgemein zum Gesetzentwurf Stellung, wobei er betont, daß die Bedürfnisse der größeren Ballungszentren durch verschiedene andere Gesetze finanziert werden. Er verweist dabei auf die enormen Kosten der Abwasser- und Müllanlagen der Städte Bozen, Meran und der Gemeinde Leifers, die durch Sondergesetz finanziert werden. Mit den 17,5% möchte das Land schwerpunktmäßig den Bau von Altersheimen vorantreiben.

Der Übergang zur Sachdebatte erfolgt mit 1 Enthaltung.

Art. 1: ein von Mitolo eingebrachter Änderungsantrag wird von diesem erläutert und mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der so abgeänderte Artikel wird mit 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 2: ohne Wortmeldung mit 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 3: ein Antrag, unterschrieben von den Abgeordneten von der DC und PSDI, den Verteilungsschlüssel zu ändern, wird von Bertorelle ausführlich erläutert.

Landesrat Rubner kündigt an, daß sich die Mehrheit der Landesregierung nicht in der Lage sehe, für den Antrag zu stimmen. Dieser wird nun mit 7 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Artikel selbst wird mit 15 Ja-Stimmen und 7 Gegenstimmen angenommen.

Art. 4: ohne Wortmeldung mit 1 Enthaltung angenommen.

Artikel 5 bis 14: ohne Wortmeldung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Artikel 15 bis 19: ohne Wortmeldung mit 1 Enthaltung angenommen.

Art. 20: ein Abänderungsantrag, eingebracht durch die Landesregierung wird von Landesrat Rubner erläutert.

Der Antrag sowie der so abgeänderte Artikel werden mit 2 Enthaltungen angenommen.

Artikel 21 und 22: werden ebenfalls mit 2 Enthaltungen angenommen.

Art. 23: (Dringlichkeitsklausel) mit 21 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit wird nun ohne Erklärungen zur Stimmabgabe von 26 Abstimmenden mit 23 Ja-Stimmen und 3 weißen Stimmzetteln genehmigt.

Punkt 9) der Tagesordnung: Landesgesetzentwurf Nr. 276/78: "Änderung des L.G. vom 31. August 1974, Nr. 7".

Der Bericht der Landesregierung wird als verlesen betrachtet, während der Abg. Dubis jenen der ersten Kommission verliest.

Es erfolgen keine Wortmeldungen in der Generaldebatte.

Der Übergang zur Sachdebatte wird mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Artikel 1 und 2: ohne Wortmeldungen mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt.

Art. 3: der Abg. Mitolo verweist auf die Wichtigkeit des Artikels und spricht die Hoffnung aus, daß sich die Zusammensetzung der Schulräte pluralistischer als bisher gestalten.

Der Artikel wird mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit wird nun ohne Erklärungen zur Stimmabgabe von 25 Abstimmenden mit 25 Ja-Stimmen angenommen.

Ende der Sitzung um 18.50 Uhr.

DIE SEKRETÄRE:

DER PRÄSIDENT:

- Rosa Franzelin-Werth - *Rosa Franzelin* - Prof. Decio Mognoni -
- Dr. Anselmo Gouthier - (abwesend)
- Anton Kiem - *Anton Kiem*

/mp

** ** * * *

CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

VII. LEGISLATURA 1978
GESETZGEBUNGSPERIODE

PROCESSO VERBALE
PROTOKOLL

della 180.^ seduta tenuta a BOLZANO il giorno 4 maggio 1978
der Sitzung, abgehalten in BOZEN am

Presiede il PRESIDENTE:
Vorsitz des PRÄSIDENTEN:

Prof. Decio Molignoni
Dott. Luis Durnwalder

Assistono i SEGRETARI:
Beisitz der SEKRETÄRE:

Rosa Franzelin-Werth
Anton Kiem

Sono assenti i CONSIGLIERI:
Abwesende ABGEORDNETE:

Benedikter dott. Alfons (giust.)
Gouthier avv. Anselmo (giust.)
Jenny dott. Egmont (ingiust.pom.)
Ladurner-P. Mathias (giust.)
Nicolodi rag. Silvio (giust.)
Rigott Alfons (ingiust.)
Stecher Josef (giust. pom.)
Vaja dott. Karl (giust.)

Il Consiglio provinciale si é riunito in sessione straordinaria per proseguire nella trattazione dell'ordine del giorno del 24 e del 28 aprile 1978, al quale é stato aggiunto il seguente nuovo punto:

- 11) Disegno di legge provinciale n. 277/78: "Norme concernenti l'esercizio delle attribuzioni dell'ENAL in provincia di Bolzano in materia di attività ricreative".

La seduta inizia alle ore 10.40.

Il Consiglio passa alla trattazione del punto 10) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 280/78: "Piano triennale per il finanziamento di opere pubbliche nell'interesse degli Enti locali".

L'Assessore Rubner dá lettura della relazione della Giunta e il consigliere Müller di quella della terza Commissione legislativa.

Aperta la discussione generale, prende per primo la parola il consigliere Sfondrini. Egli critica soprattutto il fatto che i comuni maggiori siano svantaggiati per quanto concerne l'assegnazione dei fondi, in quanto il criterio di ripartizione basato sulla popolazione e sulla superficie non é equo. Dopo avere chiesto ulteriori delucidazioni sull'importo di 5.250 milioni del quale dispone annualmente la Giunta per far fronte ad eventuali interventi necessari, il consigliere Sfondrini preannuncia la sua astensione.

Il consigliere Stecher lamenta il ritardo con il quale é stato presentato il provvedimento in esame, osservando che, a causa di questo ritardo, quest'anno i fondi non possono piú essere investiti in tempo utile. Egli si dichiara favorevole all'elaborazione di una nuova legge-quadro e sottolinea che nel disegno di legge in oggetto non sono previste delle direttive programmatiche per l'assegnazione dei mezzi. Dopo aver rilevato che essendo rimasti invariati i criteri di ripartizione, i comuni che versano effettivamente in una situazione di bisogno non vengono ad avere nessun vantaggio, egli preannuncia la sua astensione.

Il consigliere Erschbaumer osserva invece che il disegno di legge in esame ha avuto un "iter lampo". A suo avviso il criterio di ripartizione nel rapporto superficie-popolazione dimostra che la Provincia intende limitare l'autonomia comunale. Concludendo il consigliere Erschbaumer raccomanda alla Giunta di ridurre gli incarichi a liberi professionisti per lasciare maggior spazio ad interventi in economia. Il consigliere Jenny definisce quantomeno superati i criteri di ripartizione dei fondi. Egli osserva che, alla luce della diversità di situazioni nei singoli comuni, non ha senso attenersi rigidamente al rapporto fra estensione territoriale e numero di abitanti.

La seduta antimeridiana termina alle ore 12.

La seduta pomeridiana inizia alle ore 15.40.

Nel prendere la parola, l'Assessore Oberhauser osserva che con l'avere tolto la sovranità fiscale ai comuni è stato compiuto un grave errore, dal quale ha automaticamente origine l'indebitamento dei comuni. A suo avviso, con un importo annuo pari a 30 miliardi di lire è stato raggiunto un limite ottimale. Egli fa altresì rilevare che qualsiasi criterio di ripartizione è suscettibile di critica, ma che non vi è altra possibilità di scelta. In riferimento a quanto rilevato dal consigliere Sfondrini, l'Assessore Oberhauser tiene a precisare che la città di Bolzano è il comune che trae i maggiori profitti dalla legge di risanamento e che per comprendere l'indebitamento del capoluogo provinciale va tenuto conto anche del fatto che l'amministrazione di questo comune spende il 46% del Bilancio per il proprio personale.

Il consigliere Müller, dopo aver definito questo provvedimento molto positivo per i comuni, osserva che, rispetto alla legge n. 27, le comunità di valle hanno meno vantaggi. Il 17,5% previsto per la realizzazione di strutture edilizie sovracomunali è a suo avviso appena sufficiente. Egli ritiene indispensabile per i comuni la possibilità di programmare per tre anni e definisce positivo il fatto che la Provincia disponga del 17,5% per poter far fronte ad eventuali interventi di emergenza. Al riguardo, egli osserva che anche nel Tirolo del nord sussiste un fondo speciale per interventi a favore di comuni economicamente più deboli. Egli conclude preannunciando il voto favorevole dell'SVP.

Il consigliere Mitolo è d'opinione che con questo disegno di legge vengano evidentemente svantaggiati i comuni della Provincia con maggior densità demografica e che soprattutto per i comuni di Bolzano, Merano, Bressanone e Laives sia necessario prevedere misure particolari. Il consigliere Mitolo comunica infine che voterà a favore del disegno di legge, anche se non può fare a meno di nutrire certe riserve in merito.

Il Presidente Mognoni osserva che il criterio di ripartizione costituisce il punto critico del provvedimento e rimanda, al riguardo, all'art. 3 del medesimo. Egli comunica che firmerà un emendamento a questo articolo, che verrà presentato dalla DC.

L'Assessore Pasquali fa rilevare che il criterio di ripartizione costituisce un meccanismo che non tiene conto delle effettive esigenze della città di Bolzano e sottolinea a tale proposito che sarebbe molto pericoloso trascurare il capoluogo provinciale.

L'Assessore Rubner risponde circostanziatamente agli oratori che

lo hanno preceduto, prendendo anche posizione sul disegno di legge in generale. Egli tiene a precisare che le esigenze dei grossi agglomerati urbani verranno prese in considerazione nell'ambito di diverse altre leggi. Al riguardo egli sottolinea gli enormi costi connessi allo smaltimento delle acque di scarico e dei rifiuti solidi urbani nelle città di Bolzano e Merano e nel comune di Laives, che vengono coperti con leggi specifiche. Concludendo egli fa altresì presente che nella quota del 17,5% rientrano anche interventi prioritari della Provincia per la costruzione di case di riposo per anziani.

Il passaggio alla discussione articolata viene approvato a maggioranza con un'astensione.

Art. 1: un emendamento presentato dal consigliere Mitolo viene approvato all'unanimità.

L'articolo così modificato viene approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 2: approvato senza discussione a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 3: il consigliere Bertorelle illustra circostanziatamente un emendamento presentato dalla DC e dal PSDI, tendente a modificare il criterio di ripartizione.

L'Assessore Rubner dichiara al riguardo che la maggioranza della Giunta non può accettare questo emendamento, che, posto in votazione viene respinto a maggioranza con 7 voti favorevoli e 15 voti contrari.

L'articolo 3 viene approvato a maggioranza con 15 voti favorevoli e 7 voti contrari.

Art. 4: approvato senza discussione a maggioranza con un'astensione.

Gli artt. dal 5 al 14 compreso vengono approvati all'unanimità senza discussione.

Gli artt. dal 15 al 19 compreso vengono approvati senza discussione a maggioranza con un'astensione.

Art. 20: l'Assessore Rubner illustra un emendamento della Giunta.

Tanto l'emendamento quanto l'articolo così modificato vengono approvati a maggioranza con 2 astensioni.

Gli artt. 21 e 22 vengono approvati a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 23, (clausola d'urgenza): approvato a maggioranza con 21 voti favorevoli e 2 astensioni.

In sede di votazione il disegno di legge nel suo complesso vie-

ne approvato, senza dichiarazioni di voto, con 23 voti favorevoli e 3 schede bianche su 26 votanti.

Punto 9) all'ordine del giorno: Disegno di legge provinciale n. 276/78: "Modifiche alla L.P. 31 agosto 1974, n. 7".

La relazione della Giunta viene data per letta ed il consigliere Dubis fa la relazione orale della prima Commissione legislativa.

Nessuno chiede la parola in sede di discussione generale ed il passaggio alla discussione articolata viene approvato all'unanimità.

Artt. 1 e 2: approvati all'unanimità senza discussione.

Art. 3: il consigliere Mitolo sottolinea l'importanza di questo articolo ed auspica che in futuro si possa avere consigli scolastici con composizione piú pluralistica.

Posto in votazione, l'articolo viene approvato all'unanimità.

Il disegno di legge nel suo complesso viene approvato, senza dichiarazioni di voto, con 25 voti favorevoli su 25 votanti.

La seduta termina alle ore 18.50.

I SEGRETARI:

IL PRESIDENTE:

- Rosa Franzelin-Werth *Rosa Franzelin* - Prof. Decio Molignoni -

- Avv. Anselmo Gouthier - (assente) *Anselmo Gouthier*

- Anton Kiem *Anton Kiem*

/rm

** ** * * * * *